

## Resolutionen vom 2. Asylgipfel Region München und Oberland vom 18.6.2016 - Starnberger Beschlüsse

Die Koordinatoren des 2. Asylgipfels Region München und Oberland\* sehen die „Deutsche Willkommenskultur“ der letzten Jahre keineswegs als gescheitert. Sie erwarten, dass sie weiter gepflegt wird. Damit das gelingen kann, der soziale Friede vor Ort gewährleistet bleibt und sich Menschen in einer besonderen Notsituation in unserem Kulturkreis angemessen unterstützt fühlen, wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert\*\*

1. die bundesweite Regelung bezüglich der Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern anzuwenden und das generelle Arbeitsverbot für Senegalesen, die bis ihren Asylantrag bis 31.8. gestellt haben, abzuschaffen.
2. die bisherige Entschädigung für Arbeitsgelegenheiten („1€-Jobs“) für Asylbewerber von 1,05€ beizubehalten.
3. die Arbeitszeit für Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG von wöchentlich rund 20 Stunden nicht auf vier Stunden pro Tag einzuschränken.
4. Integrations- und Sprachkurse grundsätzlich auch für Asylbewerber zu öffnen, bevor die Entscheidung über den Asylantrag gefallen ist.
5. der Verpflichtung, ausreichend Berufsschulklassen zu schaffen, nachzukommen.
6. eine kostenfreie Unterbringung von Asylbewerbern in Privatunterkünften zu erlauben, ohne dass Leistungen gestrichen werden.
7. die Helferkreise in Entscheidungen des Landratsamtes in Bezug auf Verlegung oder Umverteilung einzubeziehen.
8. **das Konzept der dezentralen Unterkünfte beizubehalten.** Mietverträge sollen ggf. verlängert werden, bei Bedarf sollen neue Unterkünfte angemietet und Bauvorhaben abgeschlossen werden.  
Zentrale Unterkünfte sollen so weit es geht vermieden werden, weil sie Integration verhindern. Das Konzept der dezentralen Unterkünfte ermöglicht eine Aufnahme in die Gesellschaft und Arbeitswelt. Kontaktmöglichkeiten werden geschaffen und ein gegenseitiges Kennenlernen wird ermöglicht. Ehrenamtliche Helfer vor Ort unterstützen die Flüchtlinge bei der Integration. Bei Verlegung in zentrale Unterkünfte würde das soziale Umfeld u.U. zerstört werden, Arbeitsplätze, Schulplätze und Ausbildungsplätze gingen verloren.

\* Aufgenommen wurden nur Resolutionen, die keine einzige Gegenstimme erhielten und nur bis zu drei Enthaltungen.